



Hannover

IG Metall Hannover,
Postkamp 12, 30159 Hannover

Offener Brief an den
Innenminister des Landes Niedersachsen
und den Polizeipräsidenten
der Landeshauptstadt Hannover

Demonstrationsfreiheit garantieren statt einschränken – IG Metall verurteilt Polizeigewalt am 2.12.2017 in Hannover

Sehr geehrte Herren Pistorius und Kluwe,

am Samstag, den 2.12.2017, hat ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, Parteien, Kirchen, Vereinen und linken Gruppen ein entschiedenes Zeichen gegen den Bundestag der AfD in Hannover gesetzt. Zwischen 6.500 und 9.500 Menschen beteiligten sich an einer friedlichen Großdemonstration durch Hannover. Schon am frühen Morgen setzten Demonstrierende mit Sitzblockaden ein deutliches Zeichen, dass die Delegierten und „Spitzenpolitiker“ dieser rechtsradikalen Partei in Hannover nicht willkommen sind. Ein guter Tag für die Demokratie in Hannover und Niedersachsen.

Wir kritisieren mit Nachdruck, dass an diesem Samstag Gewalt und Provokation zu allererst von Seiten der Polizei ausgingen. Dies möchten wir an verschiedenen Punkten verdeutlichen.

1. Wie kann es sein, dass einem Demonstrierenden, der sich an einer Metallpyramide festgekettet hat, ein offener Bruch am Unterschenkel zugefügt wurde? Die Polizei sollte aus den in den vergangenen Jahrzehnten stattgefundenen Protesten gegen die Castortransporte nach Gorleben mit solchen Formen des zivilen Ungehorsams vertraut sein. Die besondere Brutalität, mit der hier vorgegangen worden sein muss, macht uns nicht nur sehr betroffen, sondern erfüllt uns mit Unverständnis und Wut. Wir sehen uns hier in einer besonderen Verantwortung, denn der Betroffene ist langjähriges Mitglied in unserer Gewerkschaft. Wir haben Kontakt zu ihm aufgenommen und werden ihn nach Kräften unterstützen. Strafanzeige wurde gegen die Einsatzkräfte erhoben.

Datum:
06.12.2017

Ihr Zeichen:

Unser Zeichen:
schu-hp

Telefon:
0511-12402-28

E-Mail:
hannover@igmetall.de

Öffnungszeiten:
Mo., Di., Do.:
09:30-12:30 Uhr
14:30-16:30 Uhr
Mi.: 09:30 - 12:30 Uhr
nachmittags geschlossen
Fr.: 09:00-11:00 Uhr;
nachmittags geschlossen

Rechtsberatung nach
Terminvereinbarung
0511/12402-0
telefonische Rechtsberat.
Mo., Di., Do.:
09:00 Uhr – 10:00 Uhr
14:30 Uhr – 15:00 Uhr
Fr.: 09:00 Uhr – 10:00 Uhr

IG Metall Hannover
Postkamp 12
30159 Hannover
Postfach 29 40
30029 Hannover

Telefon: (05 11) 1 24 02 -C
Fax: (05 11) 1 24 0 2 - 41
e-mail:
hannover@igmetall.de
Internet:
www.hannover.igmetall.de

Datenschutzhinweis: Nam-
Adresse und zur Bearbeit-
nötlige Angaben werden
vorübergehend gespeich-

Helaba Frankfurt
BLZ: 50050000 Konto-Nr.:0083072009
IBAN: DE19 5005 0000 0083 0720 09

BIC: HELADEF3
Gläubiger-ID: DE71ZZZ00000053593
Steuer-Nr.: 045 224 22021

IG Metall –
Gewerkschaft für Produkti-
und Dienstleistung im DGE

2. Während des Demonstrationzuges griffen Einsatzkräfte der Polizei in den Demonstrationsblock der Gewerkschaften ein, um einen jugendlichen Gewerkschaftsaktiven aus dem Sichtfeld der anderen Demonstrierenden zu entfernen und seine Personalien festzustellen. Ein Verhalten, dass im Umgang zwischen uns Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern und der Polizei auf Demonstrationen eine neue, negative Qualität erreicht. Des Weiteren wurde Teilnehmerinnen verwehrt, den friedlichen Demonstrationzug zu verlassen um abseits eine Toilette aufzusuchen. Als dann auch noch Einsatzkräfte links und rechts neben unserem Block eine behelmte Eskorte bildeten, war die Provokation perfekt. Wir konnten durch Lautsprecheransagen, die Situation wieder entschärfen. Die Polizisten nahmen die Helme wieder ab. Der sehr negative Eindruck bleibt.

3. Viele unserer Kolleginnen und Kollegen zeigten sich durch das massive Polizeiaufgebot vor, während und nach der Demonstration deutlich eingeschüchtert und kriminalisiert. Laufend kreisten 2 Hubschrauber in deutlicher Hörweite über der Demoroute, an jeder Ecke standen Wasserwerfer mit eingeschaltetem Flutlicht, behelmte Hundertschaften in voller Kampfmontur und zusätzlich noch Räumpanzer. Bei Ankunft der Demonstration auf dem Georgsplatz hatten wir es fast mit einer Einkesselung zu tun, denn Teilnehmern wurde der Weg in Richtung Opernplatz und Schiffgraben von der Polizei ohne Nennung von Gründen versperrt. Es blieb nur ein Weg in Richtung Aegidientorplatz offen. Dies ist völlig unverständlich und unverhältnismäßig.

Ein solch martialischer Auftritt der Polizei erschwert die Mobilisierung von wenig demonstrationserfahrenen Kolleginnen und Kollegen. Er war einschüchternd und unnötig, da von der gesamten Demonstration keine Gewalt ausging.

4. Einige unserer Kolleginnen und Kollegen kamen mit dem Fahrrad zur Auftaktkundgebung am Theodor-Heuß-Platz und wollten dies nach Abschluss der Proteste wieder abholen. Auf dem Weg zurück wurden sie von Polizeikräften angehalten, durchsucht, ihre Personalien wurden aufgenommen und per Funk weitergegeben. Eine weitere Kriminalisierung und Einschüchterungsmethode.

Wir sind sehr froh, dass die Proteste trotz dieser und weiterer Vorfälle friedlich und entschlossen, gemeinsam durchgeführt wurden. Dies ist der großen Verantwortung und des gegenseitigen Vertrauens der beteiligten Organisatorinnen und Organisatoren geschuldet.

Auch danken wir den Einsatzkräften vor Ort, die nicht zu den Gewalttätern gehören und besonnen reagiert haben.

Das Verhalten und die Strategie der Einsatzleitung kritisieren wir hiermit scharf. Wir sehen unser Grundrecht auf Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit massiv eingeschränkt. Hier sollten Gegenproteste systematisch geschwächt, kriminalisiert und verhindert werden. Ein Zustand, den die IG Metall Hannover als unerträglich bewertet, denn Demonstrationen gehören zu einer demokratischen Gesellschaft. Ihre Teilnehmer haben ein Recht auf Schutz und körperliche Unversehrtheit. Auch weisen wir jegliche Versuche der Beeinflussung durch die Polizei zurück, die darauf abzielen, dem DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften vorschreiben zu wollen,

mit welchen Bündnispartnern man demonstrieren darf. Dies ist eine einmalige Kompetenzüberschreitung von Seiten der Einsatzleitung, die wir uns für die Zukunft verbitten.

Es wird nicht der letzte Protest in Hannover gegen die AfD oder andere rechtsradikale Umtriebe gewesen sein. Wir fordern daher eine Aufarbeitung der Geschehnisse vom 2.12.2017 unter Einbezug unserer Bündnispartner, eine Entschädigung für den schwerverletzten Kollegen und eine konsequente Verfolgung der begangenen Straftaten, Fehlentscheidungen und Grenzüberschreitungen im Einsatz.

Mit freundlichen Grüßen



Dirk Schulze
Erster Bevollmächtigter

IG Metall Hannover